

Erscheint in Leipzig  
Mittwoch, Freitag, Sonntag.  
Bestellungen nehmen an alle  
Postanstalten u. Buchhand-  
lungen des In- u. Auslandes.  
Filial-Expeditionen  
für die Vereinigten Staaten:  
F. W. Sorge,  
Box 101 Hoboken, N. J.  
Peter Hah,  
S. W. Corner Third and  
Coates str. Philadelphia.

# Der Volksstaat

Abonnementspreis  
für ganz Deutschland  
1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements  
werden bei allen deutschen  
Postanstalten auf den 2ten  
u. 3ten Monat und auf den  
3ten Monat besonders an-  
genommen; im Agr. Sachb.  
u. Erzgeb. Sachb. Altenburg  
auch auf den 1ten Monat des  
Quartals à 54 Pf.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 10 Pf., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 25 Pf. die dreispaltige Petit-Beile berechnet.

Nr. 5. Freitag, 15. Januar. 1875.

## Die Volksschule und die Lage ihrer Lehrer in der Provinz Preußen.

Eine Skizze von einem Ostpreußen.  
(Fortsetzung.)

Das Einkommen der Lehrer in Ostpreußen beträgt in baarem Gelde zwischen 50 bis 120 Thaler jährlich. Dann hat der Lehrer Wohnung in Schulhause, Brennmaterial und etwas Gartenland, endlich sogenannte Schüttung, d. h. einige Scheffel Getreide, welches jedoch Alles zu seinem Einkommen gerechnet, resp. veranschlagt wird. Als die „gottbegnadete“ preussische Regierung nun zu sehr von allen Seiten bedrängt wurde, das Einkommen der Lehrer zu verbessern, wußte sie mit ihrer kulturkämpferischen Schamheit nichts Besseres zu thun, da sie kein Geld geben wollte, als die Wohnung, das Brennmaterial, die Nutzung des Gartenlandes, sowie das dem Lehrer zu liefernde Getreide den jetzigen Preisen gemäß zu veranschlagen, und nun war das Einkommen der Lehrer, die natürlich nach wie vor hungerten, mit einem Male ein glänzender, ja wie man sagte, beneidenswertes geworden. Die Regierung konnte aber mit innerer Befriedigung nun sagen: „Was wollt ihr Schreier, wir haben für die Lehrer ja gethan, was möglich war; wenn sie jetzt nicht zufrieden sind, können wir ihnen nicht helfen, dann mögen sie sehen, wie sie fortkommen.“

Um dem Leser auch ein Bild von der Berechnung des Lehrer-Einkommens durch die Staatsregierung und noch dazu einer der besten Stellen zu geben, möge hier ein offizielles Dokument folgen, welches wohl für sich selbst am besten spricht und daher keines weiteren Commentars bedarf:

Königsberg, den 14. November 1874.

Nach der beiliegenden Berechnung beträgt das Lehrer-Einkommen der Lehrer- und Organistenstelle in Kaufsaken 134 Thlr. 20 Sgr. Da nach den jetzt geltenden Grundsätzen von dem 144 Thlr. 20 Sgr. 9 Pf. betragenden Organisten-Einkommen nur der Betrag von ca. 47 Thlrn. 15 Sgr. dem Lehrer-Einkommen zugerechnet werden darf, dieses also sich hiernach auf nur ungefähr 182 Thlr. herausstellt, so fehlen an dem Minimal-Einkommen von 200 Thlr. excl. Wohnung und Holz noch 18 Thlr.

Es wird in Folge dessen ein fixirtes baares Gehalt der Lehrstelle von 18 Thlrn. jährlich und die Ausbringung dieses Gehaltes vom 1. Januar 1875 ab durch die Schul-Societät hierdurch festgesetzt.

Zur theilweisen Deckung des auf die Dorfschaften Kaufsaken und Vergling nach der Zahl der Haushaltungen treffenden Antheils des qu. Gehalts haben wir der Lehrstelle den Betrag von 12 Thlrn. widerruflich aus Staatsfonds bewilligt und werden die Zahlung desselben im Interesse des Lehrers schon vom 1. Januar 1873 ab auf unsere Hauptkasse, jedoch vorläufig nur für die beiden Jahre 1873 und 1874 anweisen.

Den Rest, event. den vollen Betrag, müssen die Dorfschaften, ebenso müssen die übrigen zum Schulbezirk gehörigen Ortsschaften die auf sie treffenden Antheile des qu. Gehalts vom 1. Januar 1875 ab selbst aufbringen.

Das Königliche Landraths-Amt veranlassen wir, hiervon sofort der Schul-Societät und dem Kirchschullehrer Nachricht zu geben, sobald einen hieraus bezüglichen Nachtrag zum Dotations-Plane aufzustellen und uns denselben unter Befügung der vorhandenen Exemplare des letzteren binnen 4 Wochen einzureichen.

Königliche Regierung,  
Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.  
gez. Krossa.  
An  
das Königliche Landraths-Amt  
in Osterode.

Einkommen		Thlr.	Sgr.	Pf.
der evangelischen Kirchschullehrerstelle in Kaufsaken, Kreis Osterode.				
A. Als Lehrer:				
1. Eine Land-Nutzung von 18 Hektaren, 65 Aren und 10 Quadratmetern im Werthe von	112	—	—	—
2. Baares Einkommen:				
a. Schulgeld	18	20	—	—
b. aus der Kirchspiels-Schulkasse	4	—	—	—
Summa A:	134	20	—	—
B. Als Organist:				
1. 2,2 Neuschffel Roggen, à 1 Thlr. 17 Sgr. 8 Pf., von den aus Frodan nach Kaufsaken übergesiedelten Bauern	3	14	10	
2. 2,2 Neuschffel Gerste, à 1 Thlr. 7 Sgr. 7 Pf., wie vor	2	21	7	
3. 69,3 Neuschffel Roggen, à 1 Thlr. 17 Sgr. 8 Pf.	110	3	4	
4. 2 Steine Flachs, à 1 Thlr. 20 Sgr.	3	10	—	
5. Baares Einkommen:				
a. von Lausen durchschnittlich	5	—	—	
b. von Trauungen do.	5	—	—	
c. von Leichengebühren do.	7	—	—	
d. aus der Kirchenkasse	8	—	—	
Summa B:	144	29	9	
Summa A:	134	20	—	
Summa totalis:	279	19	9	

82. v. G. 12. 74.  
9. 11. 74.

Werfen wir nun einen Blick in die Wohnungen der Lehrer und auf die ihnen zu liefernden Naturalien.

Die wenigsten Gemeinden sind im Stande, da sie, wie schon erwähnt, von der Regierung durchaus keine Beihilfe zum Bau eines passenden massiven Schulhauses erhalten, ein solches aus eigenen Mitteln herzustellen. Es wird dann gewöhnlich ein altes Gebäude im Dorfe angekauft, dasselbe nothdürftig reparirt, die Lehrerwohnung und das Schulzimmer eingerichtet und dann zum Gebrauche übergeben. Daß in den meisten Fällen die Lehrerwohnung eher einem Stalle als einer Wohnung für Menschen ähnlich ist, daran wird wohl Niemand zweifeln, der irgend einmal in seinem Leben eine solche Wohnung gesehen hat. An eine warme Stube ist im Winter kaum zu denken, oft friert in derselben selbst am Ofen das Wasser. Das Brennmaterial wird häufig, da dasselbe, namentlich das Holz, immer seltener und gewöhnlich Dorfgebrannt wird, welcher letztere häufig naß ist, in oft unzureichender Menge geliefert, so daß der Lehrer nur zu oft, wenn er mit seiner Familie nicht erfrieren will, sich das Fehlende aus eigenen Mitteln beschaffen muß. Das Garten- und Schulland ist ebenfalls nicht von besserer Qualität, sondern gewöhnlich das schlechteste, welches im Dorfe gefunden wird. Endlich ist das von der Gemeinde dem Lehrer zu seinem Unterhalte zu liefernde Getreide von der schlechtesten Gattung und in den wenigsten Fällen für dessen Bedarf ausreichend, so daß, wenn das Frühjahr heran kommt, man bei vielen Lehrern nicht einmal ein Stückchen Brod im Hause findet und die ganze Familie meistens von Kartoffeln lebt. Von Fleischspeisen ist nur wenig die Rede, denn das Schwein, welches der Lehrer sich anfüllert, muß er, um andere Bedürfnisse zu beschaffen, verkaufen, und eine Milchkuh findet man nur selten bei ihm, da er nicht die Mittel hat, sich eine solche anzuschaffen und kein Futter, um selbige zu ernähren, besitzt.

Ist schon die Lage der Lehrer überhaupt eine elende und trostlose, so ist die derjenigen, welche auf den sogenannten „adelichen“ oder, wie sie hier genannt werden, „Rittergütern“ fungiren, eine erbärmliche. Unter allen Schulen der Provinz sind die auf den Gütern gerade die schlechtesten, denn hier muß sich der Lehrer von dem „Schulpatron“ womöglich Alles gefallen lassen, und wehe ihm, wenn er sich dagegen auflehnt oder auch nur eine Miene verzieht. Viele der „gestrengen“ Herren, echte Bollblut-Junker, sind ehemalige Offiziere oder wenigstens Reserve- oder Landwehr-Offiziere und als solche unbedingten Gehorsam von ihren Untergebenen, zu denen natürlich auch der Lehrer gehört, gewohnt und Jeder muß sich in ihre Launen fügen. Verlangt der „gnädige Herr“, wie hier diese Herren allgemein von den Leuten angedeutet werden, einmal — und dies kommt sehr oft vor — von dem Lehrer, er solle keine Schule halten und ihm die Kinder zu Treibern bei seinen Jagden in Wäldern und Feldern, zum Jäten, Steinsammeln u. dergleichen, so muß er sich dazwischen fügen und natürlich will er sich nicht die Ungnade des Herrn Schulpatrons zuziehen, diese Unterbrechung in die Schulversammlungsliste nicht eintragen. Ist nun einmal ein Lehrer gewissenhaft, liegt ihm das Wohl und die geistige Ausbildung der ihm anvertrauten Kinder am Herzen und wagt er, dem „gnädigen“ Herren dazwischen Vorstellungen zu machen, dann ist es gar nicht Seltenes, daß dieser ihm die Thüre mit den Worten weist: „Schere Er sich hinaus, das geht Ihn nichts an! Glaubst Er denn, ich werde mich zum Erzieher der Kinder meiner Insleute machen? Die brauchen nichts zu lernen; die sind nur zum Arbeiten da, aber zu nichts Anderem!“ Bei solchen Episoden ist es sogar vorgekommen, daß der „gnädige“ Herr die Hundepfote gegen den armen Lehrer ergriß und die im Zimmer liegenden Jagdhunde sich erhoben, wüthend auf den Lehrer loszuziehen, so daß diesem nichts übrig blieb, um sich den Drohungen oder gar ärgeren Insulten des Herrn und den Bissen der wüthenden Bestien zu entziehen, als das Zimmer und das Haus durch die schnellste Flucht zu räumen.

Niemals fällt es dem „gnädigen“ Herrn ein, wenn der Lehrer zu ihm kommt, diesem einen Stuhl zum Sitzen anzubieten; gewöhnlich muß er, gleich dem niedrigsten Tagelöhner, mit der Wütze in der Hand oder unter dem Arme an der Thüre stehen bleiben und darf nur von hier aus seine Wünsche und Bitten zu den Ohren des hochgeborenen oder hochwohlgeborenen „gnädigen“ Herrn gelangen lassen.

Beschwert der Lehrer sich nun gar bei dem Schul-Inspector oder bei der Regierung über solche Unbilden und Brutalitäten, so weiß der Herr Schulpatron — der gewöhnlich mit dem Herrn Schul-Inspector sehr intim ist, ihn bei etwaigen Schul-Revisionen zu sich einladet, ihn bewirthet und sich in Liebenswürdigkeiten und Aufmerksamkeiten gegen ihn erschöpft — die Sache so darzustellen, daß der Lehrer noch mit Verweisen, wenn nicht gar mit härteren Strafen belegt wird. Geht er nun gar an den Landrath, mit dem der Herr Schulpatron natürlich ebenfalls befreundet ist, oder an die Regierung, da hat der „gnädige“ Herr wieder seine Verwandten und Bettern, und wie da der Bescheid für das Dorfschulmeisterlein ausfällt, wenn er erst in deren Hände geräth, mag sich der geneigte Leser selbst vorstellen, — denn der Lehrer kann, wenn er sich einmal die Unzufriedenheit des „gnädigen“ Herrn Schulpatrons zugezogen hat, auf dessen Antrag sogar von Amt und Brod gejagt werden.

Nicht viel besser als die „gnädigen“ Herren, behandeln die „würdigen, frommen Diener Gottes“ — die Geistlichen — die Lehrer ihres Kirchspiels, denn sie sind meistens noch die Lokal-Schul-Inspectoren. Ist diesen Herren der Lehrer nicht „fromm“ genug, wagt er es gar, freisinnige Ansichten zu äußern oder gar

demokratische Zeitschriften und Bücher zu lesen, dann wehe ihm; er ist dann gleich einem Bekannten, und gewöhnlich sorgt dann der fromme Herr in seinem Eifer durch Denunziationen dafür, daß solch' ein räudiges Schaf aus der Herde ausgestoßen, d. h. vom Amte entfernt wird. Bis vor gar nicht langer Zeit hatten die Herren Geistlichen sogar das Recht, die Privat-Vestüre der Lehrer und ihre winzigen Bibliotheken zu überwachen. Ja, es ist sogar vorgekommen, daß bei Übung ein Geistlicher einem Lehrer die Mitwirkung bei einem Liebhabertheater als mit seinem Amte nicht vereinbar untersagte, und als dieser Gegenvorstellungen machte, ihn bei der Regierung zu Danzig denunzirte, worauf der Lehrer von dieser einen Verweis erhielt, der dahin ging, daß er sich jeder Mitwirkung bei dergleichen Darstellungen bei Strafe der Amtsentsetzung zu enthalten habe. Auch bei den Lehrer-Conferenzen, die in mancher Beziehung geeignet sein würden, ein geistiges Streben bei den Lehrern wachzurufen und viel zur Verbesserung der Volksschule durch gegenseitigen Meinungs-austausch beitragen könnten, fehlte nicht die Ueberwachung der Herren Geistlichen, welche an denselben regelmäßig theilnahmen und jede freie Meinungsäußerung im Keime ersticken.

Dies ist nun freilich ein wenig anders, aber durchaus nicht besser geworden. Durch das Schul-Aufsichts-Gesetz sind die Lehrer zwar theilweise der Aufsicht durch die Geistlichen entzogen, aber sie haben einen neuen Vorgesetzten in der Person des Kreis-Schul-Inspectors erhalten. Man wird vielleicht glauben, daß dies ein Mann sei, der mit den Bedürfnissen der Schule und der Lehrer vertraut sei; hierin irrt man jedoch. In den seltensten Fällen sind die Kreis-Schul-Inspectoren ehemalige Lehrer, sondern Leute, die von der Schule gerade so viel verstehen, als, wie der hiesige Volksmund sagt: ein todtter Hund vom Bellen, oder ein Blinder von der Farbe. Vielfach ist es vorgekommen, daß die Regierung in ihrem jetzigen großen „Kulturkampfe“ gegen die katholische Geistlichkeit derselben die Lokal-Schul-Inspektion abgenommen und Ortsbesitzer, Amtsvorsteher, Bürgermeister oder andere Verwaltungsbeamte, die sich der Regierung recht gefällig und dienstwillig gezeigt hatten, zu Schul-Inspectoren von ganzen Bezirken ernannt hat. So ist es geschehen, daß in Westpreußen dem Bürgermeister einer kleinen Stadt, der in derselben gleich einem türkischen Pascha regiert, sich aber dadurch die besondere Gunst der königlichen Regierung zu Marienwerder erworben hat, die Inspektion über die umliegenden katholischen Schulen von derselben übertragen wurde. Dieser gute Mann hatte nun bei seinem Amtsantritt nichts Eiligeres zu thun, als unter dem Namen Personalakten die längst abgeschafften Conduitenlisten für die katholischen Lehrer seines Bezirkes wieder einzuführen und über ihr Thun und Treiben pflichtgemäß der Regierung zu berichten. Welchen Namen aber diese Berichte verdienen, möge sich der geneigte Leser selbst sagen.

Etwas, aber nicht viel günstiger, ist die Lage der Lehrer in den Bauerndörfern; doch auch hier, wie überall, müssen sie sich dieselbe erst erwerben durch Gefälligkeiten gegen die Gemeinde-Mitglieder, namentlich den Ortschulzen, für den sie gewöhnlich, da dieser selten schreiben, nicht einmal Geschriebenes lesen kann, die schriftlichen Arbeiten und Correspondenzen führen.

Ein großer, wohl zu berücksichtigender Uebelstand für die Volksschule in der Provinz Preußen ist der, daß die Bewohner der Provinz nicht eine Sprache sprechen. Die deutsche Sprache ist meistens in den Städten und nur in wenigen Gegenden auf dem platten Lande die herrschende; der größte Theil der ländlichen Bevölkerung spricht nur polnisch und ein kleiner Theil im Osten der Provinz litauisch. Nun denke man nur einen Augenblick an die Schwierigkeiten beim Unterrichte für den Lehrer bei einer so gemischten Bevölkerung, wo es häufig genug vorkommt, daß ein und derselbe Lehrer in einem Schulzimmer Kinder gemischter Nationalität zu unterrichten hat. Freilich wird der Unterricht in deutscher Sprache, jedoch in den meisten Fällen ohne irgend jedes Verständniß derselben seitens der Schüler, ertheilt.

(Fortf. folgt.)

## Politische Uebersicht.

— In der Sitzung vom vorigen Montag jagte der Reichstag durch die zweite Lesung des Landsturmgesezes. Die Vertreter der Sozialdemokratie, die sich gleich im Anfang der Sitzung zum Wort gemeldet hatten, wurden bei Verhandlung der entscheidenden Paragraphen 1 und 5 durch Schlussanträge mundtot gemacht. Zu dem relativ unwichtigen Paragraph 4 erhielt Hasselmann das Wort. Paragraph 5, welcher lautet:

„Der Landsturm erhält bei Verwendung gegen den Feind militärische, auf Schußweite erkennbare Abzeichen und wird in der Regel in besonderen Abtheilungen formirt.“

In Fällen außerordentlichen Bedarfs kann die Landwehr aus dem Landsturm ergänzt werden, jedoch nur dann, wenn bereits sämtliche Jahrgänge der Landwehr und die verwendbaren Mannschaften der Ersatzreserve einberufen sind. Die Einstellung erfolgt nach Jahresklassen, mit den jüngsten beginnend, soweit die militärischen Interessen dies gestatten.“ wurde in namentlicher Abstimmung mit 176 gegen 104 Stimmen angenommen. Die Regierung hat sich mit den Commissions-abänderungen einverstanden erklärt, was sehr begreiflich ist, da die Commissionsanträge ganz im Sinne der Regierung ausgefallen sind.

— Zur Moralität der herrschenden Klassen. Fürst Putbus, gründerisches Renommé, ist von einem Ehrengericht für



alle gegen ihn erhobenen Anklagen frei gesprochen und für einen Ehrenmann erklärt worden. Und das Urtheil hat Seine Majestät der Kaiser und König auch unterzeichnet. Da die Thatsachen, welche dem Fürsten zur Last gelegt wurden, nicht umgestoßen werden konnten, so besagt das Urtheil nur, daß die Mitglieder des Ehrengerichts u. diese Thatsachen nicht für unehrenhaft oder ehrlos halten. „Der Schwindel hat wieder Oberwasser“ äußerte sich der verdungte Laster in einer Commissionsitzung. „Wieder?“ Wir dachten, der Schwindel hätte nicht aufgehört, Oberwasser zu haben. Der arme Laster muß aber froh sein, wenn die Herren Putbus, Wagener u. Consorten ihn nicht nächstens auf die Anklagebank und, als überführten Verläumber, in's Gefängniß bringen. Bei uns herrschen ja die „ehrliehen Leute“. Im Uebrigen hat die an dem Herrn Putbus versuchte ehrengerichtliche Vorehrwürdige Laster veranlaßt, an die „National-Zeitung“ folgendes Schreiben zu richten:

„Sehr geehrter Herr Redakteur!  
Soeben lese ich die im ersten Beiblatt der Nr. 5 Ihres Blattes abgedruckte Notiz über ein „in Sachen der bekannten Anschuldigungen des Abgeordneten Dr. Laster gegen den Fürsten Putbus als Mitgründer der Nordbahn ergangenes ehrengerichtliches Erkenntniß“, für welche die „Neue Preussische Zeitung“ als Quelle bezeichnet ist.

Die Notiz drückt zwar nicht wörtlich aus, läßt aber die Deutung zu, als ob in jenem Erkenntniß irgend welche von mir gemachten Angaben unrichtig befunden wären. Namentlich scheint der Schlusssatz, welcher lautet:

„Es ist eine einstimmige Freisprechung erfolgt in allen die Ehrenfrage irgend berührenden Punkten, mit denen allein sich selbstverständlich das Gericht befassen konnte, vor Allem also auch in Betreff der dem Fürsten untergeschobenen eigennützigen und gewinnfüchtigen Absichten auf die Möglichkeit einer solchen Auslegung berechnet.“

Hierdurch sehe ich mich zu der Bemerkung gezwungen, daß ich außer einer unbestimmten Zeitungsnachricht, welche ich vor längerer Zeit gelesen, von den Verhandlungen eines Ehrengerichts in der bezeichneten Sache erst durch die oben erwähnte Notiz Kenntniß erhalten habe, ferner daß alle von mir in jener Sache bezüglich des Fürsten Putbus gemachten Angaben auf amtlichen Ermittlungen beruhen und im ehrengerichtlichen Verfahren nicht widerlegt sein können.

Da überdies das ehrengerichtliche Verfahren geheim geführt, Natur und Inhalt desselben mir völlig unbekannt ist, so kann ich das Ergebnis desselben in keiner Weise beurtheilen, so lange nicht die in jenem Verfahren erfolgten Ermittlungen und Feststellungen glaubhaft veröffentlicht sind.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Ihr ergebener  
Laster.“

— Garibaldi, der alte, brave Freiheitskämpfer, hat eine Nationaldotation, die ihm die italienische Deputirtenkammer für seine Verdienste um Italien votirt hat, abgelehnt. Er begründet die Ablehnung der Dotation in folgendem Schreiben an seinen Freund Dr. Riboli:

„Caprera, 25. Dezember 1874.  
Mein lieber Riboli! Ich bitte Sie, folgende Zeilen veröffentlicht zu lassen: Noch bevor ich nachstehenden Brief an meinen ehrenwerthen Freund Mancini richtete, theilte ich demselben meinen Entschluß mit, ein Nationalgeschenk oder vielmehr die Dotation, welche unsere Freunde dem Parlament vorzuschlagen wollten, nicht anzunehmen. Die Gründe für diesen meinen Entschluß liegen in dem beklagenswerthen Zustand unserer Finanzen. Da meine Freunde indessen von ihrem edelmüthigen Vorhaben nicht abstanden, so schrieb ich am 10. Dezember wie folgt: „Mein lieber Mancini, ich verehere mit achtungsvoller Dankbarkeit die Gefühle der Nation — und ich würde jedes Nationalgeschenk angenommen haben, wenn die Verteilung desselben nicht durch die Hände einer Regierung gehen müßte, der ich die Schuld für die Leiden des Landes beilege und deren Mitschuldiger ich nicht sein will. — Trogt dem bin ich nicht weniger ercentlich gegen Sie und unsere Freunde.“ Auf ewig der Ihrige  
Garibaldi.“

„Ich las soeben in den Zeitungen, daß der Entschluß des Parlamentes eine vollendete Thatsache geworden ist. Ich betrachte denselben als die schönste Ehrenbezeugung und Belohnung für das Wenige, was ich in Erfüllung meiner Pflicht für das Vaterland gethan habe. Es thut mir leid, aus den angegebenen Gründen auf meinem Entschlusse bestehen zu müssen, dieses Geschenk nicht anzunehmen. Meine achtungsvolle Dankbarkeit aber bleibt dieselbe gegen jene hohe Nationalversammlung, von der wir Alle eine Besserung der Lage Italiens erwarten. Stets der Ihrige  
Garibaldi.“

Garibaldi dankt für die Dotation, weil die finanzielle Lage Italiens dies nicht zuläßt, und weil er die Dotation aus den Händen einer Regierung nehmen müßte, der er die Schuld beimißt, Italien verschuldet zu haben. Bismarck, Molke u. Consorten dachten anders. Wie Regen im Sande verschwanden die fetten Dotationen in ihren weiten Taschen, obgleich das deutsche Volk seufzt unter der Last der Steuern. Welch ein Contrast!

— Lohnreduktion. In der Schikan'schen Maschinenfabrik in Elbing ist den Arbeitern mitgeteilt worden, daß vom 1. Jan. eine Reduktion sämmtlicher Löhne um 20 Prozent stattfinden würde. — Die Direktion der Steinhäuserhütte in Witten (Westphalen) hat an ihre Arbeiter folgende Bekanntmachung erlassen:

„Die Direktion steht sich genöthigt, vom 1. Januar 1875 eine allgemeine Lohnreduktion eintreten zu lassen, wobei noch bemerkt werden muß, daß der Betrieb nur dann in seinem jetzigen Umfang anrecht erhalten werden kann, wenn jeder Mann bereit ist unsere Leistungsfähigkeit durch eifernen Fleiß und regelmäßige Pünktlichkeit zu erhöhen. Die Höhe der Reduktion ist bei den Herren Oberinspektoren u. einzusehen.“

Man sieht, die Fabrikanten halten die Zeit für gekommen, an den Arbeitern die Schür vorzunehmen, und leider werden die Arbeiter bei ihrer mangelhaften Organisation in den meisten Fällen sich flüchten müssen. In einem Athem aber — wie es in obiger Bekanntmachung geschieht — den Arbeitern eine Lohnreduktion zumuthen und „eisernen Fleiß“ zu verlangen, das ist denn doch die Schamlosigkeit auf die Spitze getrieben. Freilich, für die Arbeitgeber der Gewinn — für die Arbeiter Lohnreduktion und „eiserner Fleiß“, — so will es die „beste der Welten!“

— Zur Fabrikarbeit der Kinder. „Wiederholte Zuwiderhandlungen“ veranlassen den Rath der Stadt Leipzig, die Vorschriften der §§ 128 sgd. der Gewerbeordnung für das deutsche Reich den Fabrikanten in Erinnerung zu bringen, und auch wir wollen dieselben hier mittheilen:

„Kinder unter zwölf Jahren dürfen in Fabriken zu einer regelmäßigen Beschäftigung nicht angenommen werden.“

Vor vollendetem vierzehnten Lebensjahre dürfen Kinder in Fabriken nur dann beschäftigt werden, wenn sie täglich einen mindestens dreistündigen Schulunterricht erhalten. Ihre Beschäftigung darf sechs Stunden täglich nicht übersteigen.

Junge Leute, welche das vierzehnte Lebensjahr zurückgelegt haben, dürfen vor vollendetem sechzehnten Lebensjahre in Fabriken nicht über zehn Stunden täglich beschäftigt werden.

Zwischen den Arbeitsstunden muß den jugendlichen Arbeitern (d. h. Personen männlichen und weiblichen Geschlechts in dem Alter vom vollendeten 12. bis zum vollendeten 16. Lebensjahre) Vor- und Nachmittags eine Pause von einer halben Stunde und Mittags eine ganze Freistunde und zwar jedesmal auch Bewegung in der freien Luft gewährt werden.

Die Arbeitsstunden dürfen nicht vor halb 6 Uhr Morgens beginnen und nicht über halb 9 Uhr Abends dauern.

An Sonn- und Feiertagen, sowie während der von dem ordentlichen Seelforger für den Katechumenen- und Confirmanden-Unterricht bestimmten Stunden dürfen jugendliche Arbeiter nicht beschäftigt werden.

Wer jugendliche Arbeiter in einer Fabrik zu einer regelmäßigen Beschäftigung annehmen will, hat davon der Ortspolizei-Behörde zuvor Anzeige zu machen.

Der Arbeitgeber hat über die von ihm beschäftigten jugendlichen Arbeiter eine Liste zu führen, welche deren Namen, Alter, Wohnort, Eltern, Eintritt in die Fabrik und Entlassung aus derselben enthält, in dem Arbeitslokal anzuhängen und den Polizei- und Schul-Behörden auf Verlangen in Abschrift vorzulegen ist. Die Anzahl dieser Arbeiter hat er halbjährlich der Ortspolizei-Behörde anzuzeigen. Diese Anzeigen sind bis zum 15. Januar und 15. Juli eines jeden Jahres bei uns einzureichen.

Die Annahme jugendlicher Arbeiter zu einer regelmäßigen Beschäftigung darf nicht erfolgen, bevor der Vater oder Vormund derselben dem Arbeitgeber ein Arbeitsbuch eingehändigt hat.

Dieses Arbeitsbuch wird auf den Antrag des Vaters oder Vormundes des jugendlichen Arbeiters von der Polizei-Behörde des Arbeitsortes erteilt.

Der Arbeitgeber hat dieses Arbeitsbuch zu verwahren, der Behörde auf Verlangen jederzeit vorzulegen und bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses dem Vater oder Vormunde des Arbeiters wieder anzuhändigen.“

Diesen Vorschriften fügt der Rath der Stadt Leipzig folgende Warnung hinzu:

„Indem wir noch darauf hinweisen, daß dem mit der Aufsicht über die Ausführung der vorstehenden Bestimmungen beauftragten Fabriken- und Dampfsteil-Inspektor hier alle amtlichen Befugnisse der Ortspolizei-Behörde, insbesondere das Recht zur jederzeitigen Revision der Fabriken zusteht, bemerken wir, daß auch wir durch unsere Organe hier amtliche Revisionen der gewerblichen Anstalten ausführen lassen und jede Contravention mit einer Geldbuße von fünf Thalern oder entsprechender Haft bez. gemäß § 150 der Gewerbe-Ordnung bestrafen werden.“

Die „wiederholten Zuwiderhandlungen“ legen breites Zeugniß ab, wie gern die Arbeitgeber die Gesetze umgehen, wenn es ihr Vortheil erscheint; sie beweisen aber auch, daß die staatliche und kommunale Controle nicht ausreicht, die jugendlichen Arbeiter vor der Ausbeutung der Arbeitgeber hinreichend zu schützen. Es ist daher Aufgabe der Arbeiter, ihre Arbeitgeber mit zu kontrollieren und Jeden derselben der gesetzlichen Strafe zu überantworten, der es wagt, Gesundheit und Leben der Kinder seinem Sonderinteresse hintanzusetzen.

— Zur Lage der Arbeiter in Stuttgart. Der Armenarzt Dr. Burkhardt in Stuttgart hat sich der verdienstvollen Arbeit unterzogen, die familiären und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter in Stuttgart zu untersuchen. Das Ergebnis seiner Untersuchungen ist traurig genug. Hier ist es:

„Die Verhältnisse in den niederen Ständen, besonders bei der Fabrikbevölkerung sind in Stuttgart sehr grelle. Soviel wollen wir jetzt erwähnen, daß sehr häufig, ja was die Arbeiterwohnungen anlangt, regelmäßig in einem oder in zwei kleinen Zimmern oder Winkeln eine Familie mit 5—6 Kindern zusammenwohnt, daß, sobald einmal geheizt werden muß, nicht mehr durch das Öffnen der Fenster gelüftet wird, damit nichts an Wärme verloren geht, daß in den Zimmern die Wäsche gereinigt und am Ofen getrocknet wird, daß die ganze Familie in zwei oder höchstens drei Betten zusammen schläft. Welche Last in solchen Lokalen zu finden ist, läßt sich aus diesen Umständen schließen; die Stuttgarter Armenärzte haben Gelegenheit, diese Luft tagtäglich mit ihrem Geruchsorgan zu prüfen.“

Damit hängen die vielen und ausgebreiteten Masern- und Scharlachepidemien zusammen, von denen selten ein Jahr verschont bleibt. Alle diese Uebelstände haben sich in Stuttgart durch die Zunahme der Fabrikbevölkerung gemehrt, und mit der Zunahme dieser Bevölkerungsschichten nimmt das Elend, die Sittenslosigkeit und die Noth zu; Hand in Hand damit geht die erhöhte Kindersterblichkeit. Wir haben in Stuttgart in kurzer Zeit eine Reihe jener sozialen Mißstände bekommen, wie andere Städte, deren Bevölkerungszahl in einer kurzen Spanne Zeit bedeutend zugenommen hat.

Nun entsteht die Frage, woher kommt in Stuttgart das häufige Auftreten der erwähnten Krankheiten und woher die vielen Todesfälle in Folge dieser epidemischen Kinderkrankheiten selbst oder in Folge von Nachkrankheiten? Den besten Anhaltspunkt für die Beantwortung dieser Frage haben wir an der statistischen Thatsache, daß bei jeder dieser Epidemien in Stuttgart in ganz vorwiegender Weise die Kinder der Arbeiterbevölkerung sowohl nach Morbidität als nach Mortalität ergriffen werden. Die Ursachen dieser Thatsachen sind klar. Es wohnen hier eine Masse von Menschen in engen kleinen Wohnungen, es liegen 3—4 Kinder in einem Bette zusammen; erkrankt eines derselben an einer epidemischen Krankheit, so kann von einer Isolierung nicht die Rede sein. Dazu kommen noch die übrigen Einflüsse, welche den Ausbruch epidemischer Krankheiten fördern, also vor Allem die große Unreinlichkeit.

Ich habe schon in meiner Abhandlung über epidemische Krankheiten erwähnt, daß in Stuttgart bei der ausgebreiteten Bauhütigkeit gerade diejenigen Beschäftigungsarten, welche salzig und ungesund sind, weil sie häufig Lungenkrankheiten erzeugen, an Umfang und Ausdehnung zugenommen haben. Es sind, allgemein gesagt, diejenigen Beschäftigungsarten, bei denen viel Staub sich bildet, wo also der Arbeiter dem schädlichen Einfluß einer staubigen Atmosphäre ausgesetzt ist. Es war ganz auffallend, welches reiches Contingent zur Schwindruhr-Statistik des Katharinenhospitals die Steinhauer und Erdarbeiter in den letzten Jahren geliefert haben.

Den Schädlichkeiten einer schlechten, durch enges Zusammen-

wohnen verbordenen Luft, ist unsere Arbeiterbevölkerung in Stuttgart zumest in hohem Grade ausgesetzt. Davon wissen die Stuttgarter Armenärzte viel zu erzählen. Dazu kommt noch, daß im Winter in diesen engen Wohnungen durch starke Heizung eine sehr heiße Luft circulirt, daß diese Luft dadurch auch sehr feucht ist, daß in den Zimmern die Wäsche besorgt und am Ofen getrocknet wird. Wir haben also meistens eine feuchte, heiße Luft, welche bekanntlich sehr schädlich ist. Die große Schwindruhr-Sterblichkeit der Köpfer muß z. B. auf diese Schädlichkeit zurückgeführt werden. Auch in den Arbeitslokalen der Schneider finden wir eine feuchte, heiße Luft, welche besonders durch das Bügeln der angefeuchteten Kleidungsstücke entsteht.

Den schädlichen Einfluß ungenügender Nahrung auf die Gesundheit hat ein großer Theil der Arbeiterbevölkerung in Stuttgart während den letzten Jahren der Theuerung erfahren müssen. Ich habe schon in meiner Abhandlung über epidemische Krankheiten darauf hingewiesen, wie häufig Ehen ohne alle materielle Sicherstellung der Existenz abgeschlossen werden, wo die Familie vom ersten Tage der Ehe an mit Noth und Elend zu kämpfen hat. Der Mann, welcher seine Familie ernähren will, muß sich dann ungewöhnliche Anstrengungen in seinem Berufe über die zulässige Arbeitszeit hinaus anstrengen, während der Ertrag der durch die Arbeit verbrauchten Stoffe des Körpers ein ungenügender ist. Der Organismus verfällt dadurch allmählich einem Siechthum. Derartige Fälle sind in der hiesigen Armen- und Spitalpraxis sehr häufig zu beobachten.

Die klimatischen, atmosphärischen und tellurischen Verhältnisse haben sich gegenüber früheren Jahren nicht wesentlich verändert. Dagegen haben sich die sozialen Verhältnisse in Folge des raschen Wachstums der Stadt anders gestaltet und auf die vielen Mißstände des sozialen Lebens müssen wir die Zunahme der Schwindruhr in Stuttgart zurückführen.“

Das Bild, welches uns Dr. Burkhardt durch seine Schilderungen des sozialen Lebens der Arbeiter in Stuttgart oben entrollt hat, ist nur ein schwacher Schatten von den Zuständen, in welchen die Arbeiter unserer Industriezentren schmachten. Aber genug, übergenug schon an dem, um in den Arbeitern die Ueberzeugung zu erwecken, daß es der Kapitalismus ist, der gleich einem fressenden Krebsgeschwür an dem Riesenleibe des Proletariats zehrt, und von dem es anders keine Genesung giebt, als durch eine kräftige Operation.

— Die neueste Nummer des in Reichenberg in Böhmen erscheinenden „Arbeiterfreund“ ist wiederum durch verschiedene weiße Stellen geziert. Ferner ist auf 5 Konfessionen, die den „Arbeiterfreund“ in kurzer Zeit betroffen haben, bis jetzt keine Anklage erhoben worden. Fürwahr, man könnte die Nichtwürdigkeiten der böhmischen Polizei finstlich nennen, wenn es nicht feststände, daß sie mit den Arbeitern und ihren Pressorganen ungestraft umspringen kann, wie sie will.

— Gegen den verantwortlichen Redakteur d. Bl. ist wegen des Artikels: „Zum Jahreschluß“ in Nr. 152 vom v. J. auf Grund des § 131 des Reichsstrafgesetzbuchs Anklage erhoben worden.

## Deutschlands Utoproduktion.

(Aus der „Frankfurter Zeitung“.)

Wenn auch die heute dominierende politische Richtung dem Kosmopolitismus, dem internationalen Verband ganz abhold ist und von Gleichstellung, Gleichberechtigung aller Nationen nichts wissen will, so ist doch ein Gebiet, auf dem „die Internationale“ ihr Wesen ungehindert treibt, auf dem auch der enragirteste „national“ Gesinnte behändig Material austauscht und zwar oft mehr aufnimmt als abgibt, es ist das wirtschaftliche Gebiet der Nation, dessen Bewegungen in ihren äußersten Endpunkten als Ein- und Ausfuhr zu Tage treten. Hier gilt kein stolzes Verschließen, denn sonst würde die Hungersnoth an unsere Thüren pochen, hier führt jede Schwächung des Nachbarn zur Verminderung seiner Kaufkraft und somit unsern eigenen Abganges, hier werden, dem Gegner auferlegte Kriegskontributionen, in letzter Linie vom eignen Bolke mitgetragen. Mehr wie in der Politik trifft in diesen Beziehungen die Lehre von dem Gleichgewichte der Staaten unter sich zu. An der Hand erleichteter Kommunikation und als Folge aufgehobener oder doch erleichteter Zollschranken hat sich der Prozeß vollzogen, die Lebensbedürfnisse daher zu beziehen, wo sie unter günstigsten also billigsten Produktionsbedingungen erzeugt werden und die Resultate der eignen Arbeit dahin abzugeben, wo sie am meisten gesucht, am besten bezahlt werden.

Diese rein wirtschaftlichen, jeder Politik entleibeten Prinzipien haben das Borurtheil verdrängt, als müßte Eine Nation Alles à tout prix erzeugen und zu dem Extrem geführt, daß jedes Volk seine Produktion auf die durch natürliche und soziale Verhältnisse begünstigten Artikel beschränkt, in seinen berechtigten Spezialitäten zu excelliren sucht, aber alle Leistungen anderer Art einem glücklicheren Himmel und geschickteren Händen freiwillig überläßt.

In keinem Produktionsweize sind die Grundsätze schwerer durchgedrungen, als in der Utoproduktion, hier, wo es sich um Deckung der allerunvermeidlichsten Lebensbedürfnisse, um die Lebensmittel selbst, handelt, hat man durchaus auf eigenen Füßen stehen zu müssen geglaubt, gewarnt durch alle Erinnerungen an Kriegsabsperungen und Mangel an Verkehrswegen. Die letzten zehn Jahre haben aber mit dieser Anschauung gründlich aufgeräumt, und daß Deutschland derselben nicht mehr halbt, beweisen die Zifferngruppen, die wir über das veränderte Verhältniß der deutschen Utoproduktion zur Consumption folgen lassen.

Es liegt uns — im Anzuge der „D. B. Z.“ — ein Bericht des Generalsekretärs des ostpreussischen landwirtschaftlichen Centralvereins, G. Kreiß, vor, welches mit frappanten Zahlen nachweist, daß die vermehrte Produktion der vermehrten Consumption nicht gleichen Schritt gehalten und daß der deutsche Getreidebau um das drei- bis zehnfache des Prozentsatzes der Bevölkerungszunahme hinter der Consumption zurückgeblieben ist. Während die deutsche Bevölkerung im Durchschnitt der Jahre 1854/54, 34,304,183 Seelen, und im Durchschnitt der Jahre 1865/73 (abgesehen von dem hinzutreten Elsaß-Lothringens) 39,009,207 Seelen zählte, sich also um 13 Prozent vermehrte, hat der Durchschnitt der Weizenmehrausfuhr sich um 54 Prozent vermindert, die Roggenmehrausfuhr sich um 120 Prozent vergrößert u. Jedenfalls, schließt der Verfasser daraus, haben wir unseren Bedarf an Getreide aus eigener Produktion nicht decken können, sondern waren genöthigt, gewaltige Summen dafür außer Landes zu schicken. So hat Deutschland in den letzten sieben Jahren und dem ersten Semester des laufenden Jahres in Weizen und Hülsenfrüchten durch Mehrausfuhr als Einfuhr 53,317,972 Thlr. erzielt, und im gleichen Zeitraum in Roggen, Gerste, Hafer u. durch Mehreinfuhr (als Ausfuhr) 156,696,826 Thlr. ausgegeben, mithin ging



allein für Brodartikel in dieser Periode eine Summe von 103,378,854 — über Abzug des Erlöses für Ausfuhr — außer Landes. Rechnen wir die Bewegungen der thierischen Produktion dazu und zwar für die gleiche Periode der letzten sieben Jahre ohne das laufende Halbjahr, so ergibt sich eine Ausfuhr von 304,238 Ochsen (à 130 Thlr.), 39,287 Jungvieh und Kühe (à 50 Thlr.), 5,718,782 Schafe (à 6 Thlr.) und 1,271,445 Centner Butter (à 35 Thlr.), wofür der Erlös zusammen 120,328,557 Thlr. beträgt; hingegen eine Einfuhr von 198,406 Pferden (à 120 Thlr.), 55,495 Kühen (à 70 Thlr.), 3,880,303 Schweine (à 20 Thlr.), 876,436 Centner Fleisch (à 13 Thlr.), 169,798 Etr. Käse (à 15 Thlr.), 1,313,298 Etr. Talg (à 15 Thlr.), 2,315,895 Etr. Schmalz (à 20 Thlr.), wofür die Auslage zusammen 185,267,638 Thlr. beträgt; mithin ging allein für thierische Produkte in dieser Periode eine Summe von 64,939,081 Thlr. — über Abzug des Erlöses für Ausfuhr — außer Landes; beide Mehrausgaben für Getreide und thierische Nahrungsmittel zusammen bilden ein Saldo von 168,317,955 Thlr. zu unseren Ungunsten, welches wir in unserer Handelsbilanz allein für Nahrungsmittel an das Ausland zu bezahlen haben.

Wie sehr sich dieses Mißverhältnis in den letzten Jahren der angeführten Periode noch gesteigert hat, beweisen nachfolgende Gegenüberstellungen aus dem keineswegs anomalen Jahre 1873: In demselben war die Ausfuhr: 692,637 Centner Hülsenfrüchte (à 80 Sgr.), 32,616 Ochsen (à 130 Thlr.), 505,117 Schafe (à 6 Thlr.), 135,357 Etr. Butter (à 35 Thlr.), zusammen für 14,590,309 Thlr.; und die Einfuhr: 941,303 Centner Weizen (à 100 Sgr.), 12,553,744 Etr. Roggen (à 80 Sgr.), 5,959,758 Centner Gerste, Hafer u. (à 80 Sgr.), 32,753 Pferde (à 120 Thaler), 23,789 Kühe (à 70 Thlr.), 2601 Jungvieh (à 50 Thlr.), 907,295 Schweine (à 20 Thlr.), 667,936 Etr. Fleisch (à 13 Thlr.), 71,983 Etr. Käse (à 15 Thlr.), 233,408 Etr. Talg (à 15 Thlr.), 965,020 Etr. Schmalz (à 20 Thlr.), zusammen für 108,622,988 Thlr.; für das Jahr 1873 übersteigt somit die Einfuhr die Ausfuhr um 94,032,679 Thlr., während der analoge Durchschnitt für die siebenjährige Periode nur 23,060,991 Thlr. für das Jahr ergibt.

Diese gewichtigen und gewiß Manchen überraschenden, ja unangenehm berührenden Zahlen, für deren Richtigkeit wir die Garantie natürlich unserm Gewährsmann überlassen müssen, sind zunächst eine treffende Illustration zu dem oben aufgestellten Satze, daß es für den Bezug der besten und billigsten Artikel gar keine nationalen Grenzen mehr giebt; warum sollen wir denn nicht unseren Weizen aus Rußland und Amerika, unsere Ochsen aus Galizien, unsere Schweine aus Ungarn, den Käse aus der Schweiz und Talg und Schmalz aus Rußland oder Amerika beziehen, wenn diese Länder uns billiger liefern, und dadurch noch unserer Industrie Gelegenheit geben, ihre Erzeugnisse als Gegenwerth dagegen auszuverkaufen?

Für heute begnügen wir uns mit der Wiedergabe dieser Daten und kommen vielleicht später darauf zurück, welchen Ursachen dieß constatirte Mißverhältnis zwischen Produktion und Consumption zuzuschreiben ist, ob es mehr in vergrößerter Consumption oder in verminderter Produktion wurzelt, welche andere Artikel Deutschland dagegen in gesteigertem Maße ausführt, welche Erzeugnisse die Landwirtschaft an Stelle des verminderten Getreideanbaues gesetzt hat, und ob ihre Produktion überhaupt gesunken ist.

### Gewerkschaftliches.

**Gewerkschaft der Schuhmacher.**  
**Holha.** Am 15. December 1874 hat der Unterzeichnete mit der hiesigen Postanstalt den Revers bezüglich des Abonnements des „Weder“, Organ für die Schuhmacher Deutschlands unterzeichnet. Es ist also rechtzeitig die Anzeige geschehen. Später wurde mir mitgetheilt, daß durch Versehen der „Weder“ mehrere Tage später als dies hätte geschehen sollen, in den Zeitungscatalog eingetragen wurde. Deshalb ersuchen wir alle diejenigen, welche auf den „Weder“ abonniren wollten, denselben aber nicht erhielten, weil derselbe noch nicht in der Zeitungsliste eingetragen sei, das Abonnement zu wiederholen und beim Nichterhalten des Beschwerts zu führen, da derselbe jetzt eingetragen sein muß. Dies den mehrfachen Anfragen gegenüber zur Antwort. Wir ersuchen um weitestehende Verbreitung des „Weder“. Abonnementpreis 30 Pf. R. R. Alle Postanstalten des deutschen Reiches nehmen Bestellungen entgegen.  
W. Bod.

**Allgemeiner deutscher Schneiderverein.**  
**Siegen.** 11. Januar. Die Mitgliedschaften werden darauf aufmerksam gemacht, daß bei vorkommenden Differenzen, welche geeignet erscheinen, eine Schlichtung zu erschweren, mir sofort umfassen und genaue Mittheilung zu machen ist. Sollte an einem Orte eine Arbeitseinstellung erfolgen, ohne daß vorher der Ausschuß so davon in Kenntniß gesetzt ist, um die Angelegenheit prüfen und seine Entscheidung mittheilen zu können, so kann selbstverständlich auf Unterstützung aus der Hauptkasse nicht gerechnet werden. Ueberhaupt fordern wir auf, mit Besonnenheit zu Werke zu gehen. Die Hauptsache ist, für Kräftigung und Ausbreitung der Gewerkschaft zu sorgen. Gleichzeitig bringe ich den § 10 unseres Gewerkschaftsstatuts in Erinnerung. Derselbe ist so bemerkt, daß nach demselben nur Derjenige Unterstützung beanspruchen kann, der durch eine allgemeine Arbeitseinstellung betroffen worden, oder prinzipiell wegen Beteiligung an der Gewerkschaft gemahngelgt ist. Die Bevollmächtigten wollen sich dieses besonders merken und in den Mitgliedschaften dafür sorgen, daß dies Jedem zur Kenntniß kommt.  
Mit Gruß und Handschlag  
J. Anstr.: Daltz. Meyer.

**Verein der Sattler und Berufsgeoffenen.**  
**Berlin.** 1. Januar. Monatsabrechnung der Centralkasse pro December 1874. Einnahme: Von der Mitgliedschaft Barmen Thlr. 2. 26., Braunschweig Thlr. 3. 9. 6., Leipzig Thlr. 4. 2., Hamburg Thlr. 1. 10. 6., Magdeburg Thlr. —. 24., Chemnitz Thlr. 8. 15., Barmen Thlr. 2. 7. 6., Berlin Thlr. 11. 16. Summa Thlr. 34. 19. 6. Ausgaben: Abonnement auf das offizielle Organ „Vollstaat“ und Porto für Briefe und Pakete Thlr. 1. 10. 6., für Papier und Couverts Thlr. —. 13. 6., Reisegeld an 1 Fremden Thlr. —. 25., Kassirer-Gehalt Thlr. 5. Summa Thlr. 7. 26. 6. Bilanz: Einnahme Thlr. 34. 19. 6. Ausgabe Thlr. 7. 26. 6. Bleibt Thlr. 26. 23. Hierzu Bestand pro November Thlr. 50. 20. Verbleibt Bestand Thlr. 77. 13. Beim Jahreswechsel kann der Vorstand nicht umhin, den Vertrauensmännern seinen Dank auszusprechen für die in den Mitgliedschaften entwickelte Thätigkeit, und hoffen wir, daß dieselbe im neuen Jahre, unterstützt durch die rege Theilnahme der Mitglieder, gleichfalls fortdauern möge. Ist es uns beim Rückblick auf das verfloßene Jahr auch nicht vergönnt, große Errungen-

schaften aufzuweisen, so hat doch überall der Eifer am Vordrücken hinsichtlich bewiesen, daß kein Stillstand stattfand. So sind unter Anderm vom Agitationscomité in Hamburg energische Schritte gethan zur weiteren Ausbreitung des Vereins. — Ueber die vor längerer Zeit von Unterzeichnetem an sämtliche Mitgliedschaften versandte „Union“ nebst Protokolle ist bis dato nichts Wesentliches verlautet, und sei hier nur bemerkt, daß die Beschickung des Magdeburger Unions-Congresses vorläufig auf Kosten der Berliner Mitgliedschaft stattfand. Die versandten Anträge u. sind gleichfalls von der Mitgliedschaft Berlin bezahlt. Der Vorstand wird indeß in kürzester Zeit ein weiteres Material den Mitgliedschaften übersenden, welches zu gleicher Zeit bezugnehmend auf die diesjährige Generalversammlung (Congreß) sein wird. Die in Nr. 144 des „Vollstaat“ vom Vorstand anberaumten Versammlungen behufs Feststellung der Löhne und Arbeitszeit müssen überall stattfinden und das Resultat hergeschickt werden. Betreffs der Abrechnungen Seitens einzelner Mitgliedschaften wäre es sehr erwünscht, wenn dieselben mit mehr Genauigkeit gearbeitet und die briefliche Correspondenz präciser beantwortet würde, auch ist es gut, wenn bei Geldsendungen auf dem Coupon die vollständige Adresse des Absenders nebst der Summe angegeben wird.  
An Stelle des abgereisten Vertrauensmanns in Chemnitz i. S. ist Th. Jaier, Augsburgerstr. 8, gewählt. Reiseunterstützung wird gezahlt bei B. Kiel, Ängere Kochligerstr. 6. Sämtliche Briefe sind zu senden an den Vorsitzenden Henke, Chausseestr. 24. Gelder und Abrechnungen an Unterzeichneten.  
Mit Gruß  
Im Auftrage des Vorstandes:  
W. Birth, Kassirer, Alexandrinenstr. 116.

**Metallarbeitergewerkschaft.**  
**Lechhausen.** Ueber den Conflict der hiesigen Metallschlägergehilfen mit den Meistern wegen der Lohnreduction geben wir hiermit folgenden Bericht. Es befinden sich hier 13 Meister, welche Gehilfen beschäftigen, dann noch die dem Fabrikanten Rathen gehörige Werkstätte, welche 16 Gehilfen beschäftigt. Anfangs December richtete Herr Rathen an sämtliche Meister ein Rundschreiben, worin er erklärte, daß er in Folge des billigen Waarenangebots der Nürnberg-Fürther Meister den bisherigen Preis nicht mehr bezahlen könne. Von obgenannten 13 Meistern kündigten nun 4 ihren Gehilfen (zusammen 12) einen Abzug von 1 Kreuzer per Form (ungefähr 10 Prozent) an. Eine hierauf einberufene Versammlung der Gehilfen erklärte, nun die Sache zu der ihrigen zu machen, indem die Ueberzeugung Platz griff, daß, wenn die Gehilfen sich gutwillig fügten, der Abzug auf alle Werkstätten ausgedehnt würde. Wir richteten nun an die Meister ein Schreiben, worin wir erklärten, daß 1) nach unserm Dafürhalten der Lohn bei Breitformen ohnedies schon 25 bis 30 Prozent unter dem Normalpreise stehe; 2) daß sich mehrere Meister erlauben hätten, die vor drei Jahren vereinbarte Formenzahl zu überschreiten und 3) die Preisminderung nicht derart sei, um einen Theil auf die Gehilfen abzumäßen. — Wir erhielten darauf von den Meistern eine Zuschrift, worin sie erklärten, daß sie in Folge der enormen (?) Preiserhöhung nicht anders konnten, als einen geringen Theil auf die Gehilfen zu übertragen. Unterzeichnet waren aber 11 Meister, welche zusammen 30 Gehilfen beschäftigen. Angesichts des kritischen Umstandes, daß in der Rathen'schen Werkstätte selbst immer noch der alte Lohnsatz bezahlt wurde und in seiner Fabrik mit angestrebter Thätigkeit gearbeitet wird, hielten wir es für das Beste, Arbeitszeitverkürzung zu verlangen, um der Alles schädigenden Ueberproduktion vorzubeugen. Wir richteten deshalb nachstehendes Schreiben an die Meister: „In Erwägung, daß die jetzt herrschende Krise in dem Metallschläger-Gewerbe nur durch die Ueberproduktion hervorgerufen wurde und daß eine gründliche Abhilfe nur möglich ist, wenn die Arbeitszeit verkürzt wird, beschließt die heutige Versammlung der Metallschlägergehilfen von Montag, den 28. December an bis auf Weiteres die Arbeit früh 7 Uhr zu beginnen, und Abends 5 Uhr zu beenden. Wir bringen den Beschluß den Herren Meistern hiermit zur Kenntniß und ersuchen dieselben, ihrerseits, wenn ihnen wirklich an der Verbesserung ihrer eigenen Lage, sowie der der Gehilfen ernstlich was gelegen ist, diesen Beschluß zu acceptiren und die Ausführung desselben den Gehilfen zu erleichtern.“ Ferner erklärten wir noch, daß wir uns der Lohnverkürzung vor der Hand fügten. — Wir erhielten nun von der darauffolgenden Versammlung der Meister, in welcher Herr Rathen als Schriftführer fungirte, den Bescheid, daß jeder Gehilfe sofort entlassen werde, der obige Zeitordnung einhalte. Leider muß hier gesagt werden, daß unter den Gehilfen selber diejenigen gegen die Verkürzung der Arbeitszeit waren, denen die alten Lohnsätze forgezahlt wurden. Es sind das etwa 28 an der Zahl. Durch diese Uneinigkeit mußte der Beschluß natürlich nur Beschluß bleiben. Es muß hier bemerkt werden, daß fast in jeder Meisterwerkstätte der Fabrikant Rathen anwesend ist, und die Meister größtentheils auch noch seiner Peise tanzen, und Alles mit größter Geduld über sich ergehen lassen. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß der ganze Conflict nicht aufgebrochen wäre, wenn die Meister gleich fest zusammengehalten und den Abzug energisch von sich gemiesen hätten, anstatt in ihrer, wie es scheint, angeborenen Schüchternheit und feigen Unterwürfigkeit zu verharren. Es müßte für eine abgehärtete Sozialistenseele ein erbaulicher Anblick gewesen sein, wie einige Meister dem Fabrikanten förmlich um Gnade anknüpften, als er ihnen mit Entziehung der Arbeit drohte. So ist es denn für diesmal den Fabrikanten gelungen, von der Nothlosigkeit der Meister und der Uneinigkeit der Arbeiter Nutzen zu ziehen. An den Letzteren ist es nun, für die Folge derartige Uebelstände zu beseitigen, daß dieses aber unmöglich ist, wenn alle Arbeiter und Arbeiterinnen sich der Gewerkschaft anschließen, wird man jetzt wohl eingesehen haben. Ohne deshalb Jeder seine Schuldigkeit und seine Treue und fest zu unserer gerechten Sache, dann wird die Zeit nicht mehr fern sein, wo wir anstatt und der Lanne und Wüthir der Fabrikanten zugehen zu müssen, eine gründliche Verbesserung unserer Lage erzwingen werden. Also, auf in die Gewerkschaft!  
Mit Gruß und Handschlag  
J. A.: A. Lichtensteiger.

**Braunschweig.** Verichtigung. In dem Adressenverzeichnis der Nr. 1 ist die Adresse des Bevollmächtigten in Liebenstein mitgetheilt worden. Der in Liebenstein ist Christian Neubert, Schloffer. Außerdem haben sich beim Abdruck einige Druckfehler eingeschlichen. So muß es bei Eplingen Unter Brutan 12, bei Sieben Karl Embden, und beim Kassirer der Vorortverwaltung L. Wayer heißen.  
E. Schubert.

**Verband der Klempner (Spengler) und verwandten Berufsgeoffenen.**  
**Hamburg.** (Stadtbrief.) Der Klempner- (Spengler-) Gehilfe Otto Drechsler aus Dresden ist plötzlich unter Mitnahme einer der Heibelberger Mitgliedschaft des Verbandes gehörenden Summe von circa 30 fl. verschunden. Alle Partei- und Gesinnungsgenossen, namentlich die Vorstände unserer Mitgliedschaften werden

ausgefordert, wenn sie des Drechsler habhaft werden, dem Unterzeichneten sofort telegraphisch Nachricht zu geben, resp. soviel wie möglich von dem gestohlenen Gute erhalten zu suchen und dem Unterzeichneten nach Abzug der Kosten einzusenden.  
Für die Verwaltung:  
W. Metzger, Geschäftsf., Böhmischerstr. 8, II.  
NB. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden gebeten, Obige in ihre Spalten aufzunehmen.

### Correspondenzen.

**Geithain.** Während der Wahlbewegung zu Ende des Jahres 1873 kam Genosse Börner aus Weichselburg zu mir und berebete mich, mit ihm nach Frankenhain bei Geithain zu gehen. In Frankenhain angekommen, gingen wir in den Gasthof. Hier erzählte Börner, der Reichstagskandidat Fink wollte in Frankenhain eine Versammlung abhalten, und fragte, wer eine Versammlung einberufen würde. Es wurden gleich mehrere Personen genannt. Börner ging darauf in's Dorf. Als er wiederkam, erzählte er, daß der Bäckermeister die Versammlung einberufen und der Gemeindevorstand die Anmeldung mit dem Deßstempel und seiner Namensunterschrift versehen hätte. So sollte die Anmeldung dem Gerichtsamt zu Geithain übergeben werden. Während der Wirth den Kleister präparirte schrieb Börner einige Plakate und nachdem der im Gasthof anwesende Ortörthter und die Anschlagstellen bezeichnet, nahm ich den Kleistertopf und fort ging's in das Dorf, die Plakate anzulegen. An den Anschlagstellen nahm Börner den Kleister mit den Fingern aus dem Topf, strich ihn auf's Plakat und klickte dasselbe an.

Die reichstreuern Bauern mögen gewaltig erschrocken sein über die Plakate und die Rede Finks wird ihnen vollends eine Gänsehaut verursacht haben. In ihrer Herzensangst wandten sie sich hilfesuchend an den Gemeindevorstand — der soll die Sache dem Gensdarm anzeigen. Der Vorstand erzählt's dem Gensdarm. Ob durch ein Wunder die weißen Plakate roth geworden oder die Bauern, der Vorstand und Gensdarm schlechte Farbenkennner sind, ist noch nicht festgestellt — kurz, der Gensdarm macht dem Gerichtsamt die Anzeige, daß wir rote Plakate angeklebt hätten.

Darauf hin beginnt die Untersuchung. Zur Voruntersuchung gefehle ich, daß wir Plakate angeklebt haben, aber nur weiß. Zur Untersuchung specialisire ich das Ankleben: ich habe nur den Kleistertopf gehalten, während Börner den Kleister mit den Fingern aus dem Topf genommen, auf's Plakat gestrichen und dasselbe angeklebt hat. Durch eine Frage des Beamten erfahre ich, daß wir angeklagt sind die Plakate vor Anmeldung der Versammlung angeklebt zu haben. Das Geithainer Gerichtsamt hatte auch nicht veräußert, Börner beim Kochliger Gerichtsamt, in dessen Jurisdiction er gehört, zu denunziren, letzteres füßte aber kein Bedürfnis staatsretterisch einzuschreiten, denn, wie der Referendar mir sagte, hat es „auf Grund einiger gesetzlicher Bestimmungen abgelehnt, gegen Börner die Untersuchung einzuleiten.“ Mit diesem Bescheide gab sich das Geithainer Gerichtsamt nicht zufrieden. Damit das Kochliger Gerichtsamt sich von der großen Schuld Börners überzeugen soll, schickt das Geithainer Gerichtsamt gleich die Akten dahin.

Zum dritten Mal vor Gericht, wird mir eröffnet: Börner sei auf meinen Antrag vom Kochliger Gerichtsamt abgehört worden. Ich erklärte das für eine Insinuation, da mir nicht einmal der Gedanke beigelommen, einen solchen Antrag zu stellen, folglich ich ihn auch nicht gestellt haben konnte. Und wenn ich ihn gestellt hätte, so müßte das Protokoll es ausweisen — was nicht der Fall war. Also: Unwahrscheinlichkeit wandte das Gerichtsamt an, um das Kochliger Gerichtsamt zu zwingen, Börner wenigstens abzuheören. Zum Vorgehen gegen denselben ließ letzteres auch dadurch sich nicht bewegen.

Zum vierten Mal vor Gericht, wird mir der Bescheid bekannt gegeben, nach welchem ich zu 5 Thaler Strafe und Tragung der Gerichtskosten verdonnert wurde, weil ich:

- 1) in der Voruntersuchung zugestanden, daß wir Plakate angeklebt hatten und
- 2) weil wir vom sozialdemokratischen Arbeiterverein beauftragt waren.

Mit diesen zwei Punkten begründete das Gerichtsamt die Berufung. Gegen diesen Bescheid führte ich Beschwerde bei der Kreisdirection. Zu meiner Vertheidigung sagte ich da ungefähr folgendes:

Mit dem „wir“ gestand ich höchstensfalls: am Plakatankleben theilhaftig gewesen zu sein, keineswegs aber, daß ich die Plakate angeklebt habe. Den Grad der Theilhaftigkeit gab ich in der zweiten Aussage genau an; derselbe mochte dem Gerichtsamt doch zu gering sein, eine Berufung damit begründen zu können, denn es zieht meine zweite Aussage nicht in Betracht, „weil sie persönlich ist“, und verurtheilt mich auf eine so ungenaue Aussage hin. Börner's Aussage, welche meine zweite bestätigt, wird gar nicht erwähnt, obgleich das Gerichtsamt sie erst für wichtig genug hielt. Mit dem zweiten Punkte ergreift das Gerichtsamt offen Partei, es spricht als Partei über eine andere Partei Recht, es stellt sich damit entschieden auf den Standpunkt der Inquisitionsgerichte, welche jeden Andersgläubigen seines Glaubens wegen verurtheilten.

Auf diese Beschwerde hin beschuldigt mich die Kreisdirection der Theilnahme am Plakatankleben und bestätigt die Berufung. Gegen diesen Bescheid erhebe ich Beschwerde beim Ministerium. Zu meiner Vertheidigung sagte ich folgendes:

Das Kleistertopfsthalten ist nur eine Zuschauerrolle. Wenn der Kleistertopfsthalter bestraft wird, so müssen auch der Papierfabrikant, der Plakatdrucker, der Kleistertopfleher u. s. w. bestraft werden, denn sie alle sind gewiß ebenso stark am Plakatankleben theilhaftig, wie der Kleistertopfsthalter. Auf diese Beschwerde erklärte das Ministerium sich für incompetent, eine Prüfung der Angelegenheit vorzunehmen. Also bleib's dabei, ich bin verurtheilt weil ich den Kleistertopf gehalten habe. Aus dem Umstand, daß Börner, der die Plakate theilhaftig angeklebt, nicht bestraft wird, „auf Grund einiger gesetzlichen Bestimmungen“ und ich als Dienstmann werde deshalb verurtheilt, weil ich den Kleistertopf gehalten habe, aus diesem Umstand erhellt, daß der eigentliche inkriminirte Punkt beim Plakatankleben das Kleistertopfsthalten ist. In dem Halten des Kleistertopfes, dessen Inhalt aus Schnaps und Mehl fabricirt war, liegt das strafbare der ganzen Sache.

Moral von der Geschichte: lasse sich Niemand verleiten je einen Kleistertopf zu halten, ich hab's bitter geüßt und zebe das feierliche Versprechen, niemals einen solchen wieder zur Hand zu nehmen.  
Gottlieb Stahl, jun.

**Schmöln.** 10. Januar. In der Hermann Donath'schen Knopffabrik sind, ohne vorherige Kündigung, 20 Arbeiter sofort entlassen worden, weil sie sich der ihnen nachtheiligen Reuerung nicht fügen wollten, schon Mittwoch abzurechnen und erst Sonnabend Zahlung zu erhalten. Herr Donath will sich durch diese Reue-



zung vor etwaigen Contraktbrüchen sicherstellen; der superfluge Mann vergißt aber, daß er nunmehr selber gegen die Gewerbeordnung verstoßen hat, was die Arbeiter voranschicklich nicht ungenügend lassen werden. Herr Donath erklärte, sich mit solchen „Lumpen“ im Amt oder Rathhaus nicht mehr „herumschmieren“ zu wollen. Nun, die „Lumpen“ werden ihm vielleicht theurer zu stehen kommen.

Verden, 10. Januar. In der am 5. d. M. dahier gemeinschaftlich tagenden Versammlung der Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins und der Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei hielt Herr Kühn einen längeren Vortrag über die deutsche Volksbewegung von 1848 und wies nach, wie durch die damalige politische Unruhe des deutschen Volkes die Früchte dieser Bewegung nur die Bourgeoisie geerntet habe. Mit dem Jahre 1863, der Gründung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins durch Lassalle, sei die sozialistische Idee in das Volk gedrungen, welche heute unwiderstehlich sei. Ferner sprach Redner über die Internationale Arbeiterassoziation in eingehender Weise, und hob hervor, daß zu Redners besonderer Freude, in Folge der maßlosen polizeilichen Verfolgungen, die deutschen Arbeiter in den verschiedenen sozialistischen Fraktionen, mehr denn je, noch einheitlicher Vereinigung drängen. Redner verliest das Einigungsprogramm aus dem „Volkstaat“. Hierauf erhält das Wort Herr E. Wode, welcher die Wichtigkeit des Vortrags von Herrn Kühn bestätigte, und sich über die einheitliche Vereinigung in folgendem ausließ: Die besten Lehren hätten wir alle zur Zeit der Reichstagswahl erhalten; überall da, wo beide sozialistischen Fraktionen Hand in Hand gegangen seien, wären weit bessere Erfolge erzielt, als da, wo dieses nicht geschähe. Von Seiten der hiesigen Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, werde man dem Einigungsdränge nicht widerstehen, da bei jeder Gelegenheit von hier aus Kundgebungen veranlaßt worden seien, welche das Verlangen nach größerer Einheit dokumentirten. Die von Herrn Kühn vorgeschlagene und von E. Wode empfohlene Resolution:

„In Erwägung, daß nur einig Zusammenwirken aller Arbeiter, die hohen Ziele der Sozialdemokratie zum Siege führen kann, beschließt die heute gemeinschaftlich tagende Versammlung der Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins und der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, für die Einigung beider Fraktionen mit aller Kraft einzutreten, und fordert dieselbe die betreffenden leitenden Behörden auf, die Sache ungehindert und energisch in die Hand zu nehmen“ wurde einstimmig angenommen und wird dieselbe allen Arbeitern Deutschlands zur Nachachtung empfohlen.

Mit sozialdemokratischem Gruß.  
Im Auftrage:  
Alois Wehler, Schriftführer.  
Mannheim. Aufruf an sämtliche Holzarbeiter Mannheims! Werthe Geschäftsgenossen! Genüßigt durch die heutigen Verhältnisse, finden wir uns veranlaßt, alle Geschäftsgenossen, mögen sie heißen: Schreiner, Stelmacher, Käfer, Büchhauer, Drechsler, Glaser, Pianofortearbeiter, Korbmacher, Bürstenbinder u. s. w., die Hand zu einer gemeinsamen Vereinigung zu reichen. Ueberall, wohin wir blicken, suchen die Arbeiter durch Vereinigung den vielfachen Ungerechtigkeiten Seitens der Arbeitgeber einen Damm zu setzen und ihren Rechte Geltung zu verschaffen.

Angesichts der Thatfache, daß auch hier die Arbeitgeber aus einigen Geschäftsbranchen sich vereinigen, tritt umso mehr an Euch die Pflicht heran, aus dem Schlafe zu erwachen, Euch zu vereinigen und einer fest organisierten Gewerkschaft beizutreten, die sich die Wahrung der Ehre und der materiellen Interessen ihrer Mitglieder durch gegenseitige Unterstützung als Aufgabe gestellt hat. Es kann dies geschehen durch: 1) Errichtung von Kassen zur Unterstützung der Mitglieder in Krankheits- und Sterbefällen. 2) Unterstützung arbeitsuchender wandernder Genossen. 3) Durch Aufnahme einer Statistik über Arbeitslöhne, Arbeitszeit, Lebensmittelpreise und Errichtung eines Arbeitsnachweis-Bureaus. — Um nun aber das vorgedachte Ziel vollkommen zu erreichen, bedürfen wir der gesamten Kraft der hiesigen Holzarbeiter. Wir richten daher an Euch alle die Bitte, der Holzarbeitergewerkschaft beizutreten, um mit uns gemeinschaftlich zu wirken. Wäge sich ein Jeder zu Herzen nehmen, daß nur durch vereinigte Kraft etwas zu erreichen ist. — Unsere Versammlungen finden bis auf Weiteres jeden Donnerstag Abends halb 9 Uhr im Lokale des Zweibrüder Hofes Q 4 Nr. 6 statt. Das Eintrittsgeld beträgt 5 Gr. und der wöchentliche Beitrag 1 Gr. Es ist also einem Jeden Gelegenheit geboten, an unsern Bestrebungen Theil zu nehmen.

Zugleich machen wir bekannt, daß wir ein Arbeitsnachweis-Bureau gegründet haben; dasselbe befindet sich in der Wirthschaft zur Friedrichsburg Lit. P. 5, Nr. 16 und 18.

Mit Brudergruß und Handschlag Der Vorstand.  
Mannberg. Die am Montag im „Café Merit“ stattgehabte allgemeine Arbeiterversammlung war sehr gut besucht, und hielt in derselben zuerst Parteigenosse Grillenberger einen Rückblick auf das vergangene Jahr, worauf zum zweiten Punkte der Tagesordnung, Besprechung über Gründung eines sozialdemokratischen Wahlvereins, übergegangen wurde. Mehrere Redner sprachen sich entschieden dahin aus, daß die sozialistisch gesinnten Arbeiter Mannbergs einen politischen Lokalverein nach Art der fortschrittlichen Bezirksvereine gründen müßten, um auf Gemeinde-, Landtags- und Reichstagswahlen einen Einfluß ausüben zu können. Zur Verbreitung von sozialdemokratischer Propaganda im Allgemeinen brauche man keine Organisation, wie dies die bisherige „organisationslose“ Zeit bewiesen habe; man habe dazu genügend Gelegenheit in Volks- und allgemeinen Arbeiterversammlungen. Aber bei den Wahlen müßten die Arbeiter als geschlossene Masse vorgehen können und dazu sei die Gründung eines Wahlvereins notwendig. Von Gründung eines sozialdemokratischen Arbeitervereins, auch wenn er streng lokalisiert sei, wolle man zur Zeit absehen, da ein solcher Verein von unserem Hochlöblichen leicht als Fortsetzung der Thätigkeit der „aufgelösten“ Partei betrachtet werden könnte, obwohl durch den Prozeß in Ansbach konstatiert wurde, daß nicht die Zugehörigkeit zu einem politischen Verein, sondern nur die Verbindung eines solchen „Vereins“ nach auswärts als strafbar betrachtet würde. Es wurde darauf beschlossen, sich Statuten der fortschrittlichen Bezirksvereine, sowie der liberalen Wahlvereine Berlins zu verschaffen, um nach solchem Muster ein Statut für den Wahlverein zu entwerfen. Eine Commission von fünf Mann wurde mit dieser Aufgabe betraut und ist der Entwurf baldigst in einer Versammlung vorzulegen. Mögen die Gesinnungsgenossen für recht zahlreiche Betheiligung an diesem Verein agitiren.  
(Mannberg-Fürther Sozialdemokrat.)

Leopoldshall. Der Arbeitsmangel hier in unserer Gegend macht sich sehr fühlbar. Kürzlich haben sich 80 Mann beim Mannberger Bürgermeister als arbeitslos gemeldet, und die Zahl der Arbeitslosen vermehrt sich von Tag zu Tag, und sie wird eine große werden, wenn die Zuckerrüben alle stehen bleiben. Vor mehreren Jahren, als die chemischen Fabriken Goldgruben waren,

sah man Annahmen massenhaft in den Wochenblättern, in denen eine Fabrik die andere in der Höhe des Arbeitslohns überbot, und immer fehlte es an Arbeitskräften. Während der Zeit fand sich eine Aktien-Gesellschaft ein, welche in kurzer Zeit neun Fabriken vereinigte und noch eine Kohlengrube bei Gr. Mühlhagen ankaufte. In demselben Jahre wurde das angefertigte Kalisalz pro Centner 3—4 Thaler billiger, das Dingesalz wolle nicht mehr gehen wie früher, es folgte ein Krach nach dem andern. Mit dem Dingesalz ist starker Betrug getrieben worden. Bei alledem, daß das Salz herunter gegangen war, wurde immer noch schwach gearbeitet, nur die Aktien-Fabriken blühen stehn. Dieselben zahlten früher einen Normallohn von 25 Gr.; weil aber genug Arbeitskraft vorhanden ist, zahlen sie selbst nur noch 20 Gr. per Schicht. An dieser Lohnreduktion sind eine Anzahl Vergleute schuld, die von den Fabrikanten zu der Herstellung des Salzes engagiert wurden. Diese Vergleute arbeiten in den Fabriken, nachdem sie ihre Schicht in der Grube beendet haben, wodurch natürlich viele Arbeiter entbehrlich geworden sind. Dabei ist wohl zu bedenken, daß die Vergleute in einer Schichtzeit von 8 Stunden weit mehr verdienen als wir Fabrikarbeiter; die Concurrenz, die uns dieselben machen, ist daher höchst verwerflich. Für heute wollen wir dieses Thema nicht weiter erörtern, vielmehr kommen wir gelegentlich noch auf dasselbe zurück. Mehrere Arbeiter.

Wien. Unterzeichneter macht hiermit die traurige Mittheilung, daß unser Genosse und Schriftführer des Fachvereins der Spengler in Wien, Wilhelm Eichhorn aus Carlstrube (Baden), den 23. Dezember nach langem Leiden im 27. Lebensjahr verschieden ist. — Mit ihm ist einer unserer tüchtigsten Parteimänner, die für die Sache der Arbeiter kämpften, aus unserer Mitte gerissen worden. Ihm, dem keine Mühe und Opfer zu groß war für das Prinzip, der unermüdet Tag und Nacht opferte für die große Sache, ohne auf sein eigenes Ich bedacht zu sein, und der zugleich eine Frau und zahlreiche Familie in den traurigsten Verhältnissen zurücklassen mußte, werden seine Collegen ein ehrenvolles Andenken bewahren.  
Ludwig Peter,  
Schriftf. des Fachvereins der Spengler.

### An alle unsere Collegen und Arbeiter Deutschlands.

Seit 10 Wochen befinden sich 3—400 unserer Brüder und Schwestern, die Tabak- und Cigarrenarbeiter in Braunschweig, in der unerhörten Arbeitsansperrung. Gewiß hat ein jeder derselben die eiserne Konsequenz zwischen Kapital und Arbeit, getragen durch die bittere Noth und Entbehrungen jeglicher Art, hart empfunden und ist dadurch zum schweren Nachdenken gebracht.

Auch für sie war das heilige Christfest und der Neujahrstag gekommen. Manches gute Hoffen hatte sich bei denselben an diesen Tagen als nichtig erwiesen; und manches edle Gefühl, welches an diesen Tagen mehr denn je in einer Familie sich regt, schmerzlich unterdrückt werden müssen. Nur Noth und Entbehrung ist ihnen zum neuen Jahre bechieden! Und wovon haben dieselben das verdient? Weil sie, durchdrungen von wahrer Nächstenliebe, ihren bedrängten Brüdern in ihrer Noth beistehen wollten, wurden dieselben seitens der Fabrikanten von der Arbeit ausgeschlossen.

Wenn nun zwar seitens der Arbeiter alles Mögliche aufgeboten ist, um die Sache zu einem gütlichen Ausgleich zu bringen, so ist dies doch erfolglos geblieben, und ist es jetzt an uns, Collegen und deutsche Arbeiter, daß wir noch einmal zur rechten Zeit und in würdiger Weise unsere Herzen erheben, und uns noch einmal allwöchentlich ein Scherflein abknappen, um es auf den Altar der Brudersliebe, zur Linderung der Noth dieser hart Bedrängten, zum Opfer zu bringen, damit ein für allemal solche Brutalitäten an der Mannheit deutscher Arbeiter zu Schanden werden.

Auch ist noch in Erwägung zu ziehen, daß sämtliche dieser ausgesperrten Arbeiter bei Hauseigentümern zur Miete wohnen und jetzt zu Neujahr den vierteljährlichen Mietzins zu bezahlen haben. Da nun der größte Theil der Hauseigentümer es mehr mit unsern Gegnern als mit unsern Collegen hält, so ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß dieselben strenger denn je auf Zahlung drängen, um sie dadurch zum Nachgeben zu zwingen. Darum, Arbeiter Deutschlands, stellt Euch selbst in die höchst traurige Lage der Braunschweiger Cigarrenarbeiter und thut Eure Schuldigkeit!

Mögen doch alle Arbeiter von ihrer Solidarität auf's Neue Zeugnis ablegen und mögen diese wenigen Worte alle edlen Geber zur freudigen Opferwilligkeit anspornen.  
„Gerechtigkeit und Brod!“ sei unsere Losung.  
Mit sozialdemokratischem Grusse.  
Verden, den 6. Januar 1875.

Für den  
Auschuß des Deutschen Tabakarbeiter-Vereins.  
Im Auftrage:  
Conrad Wode, Alois Wehler, Herm. Schmidt.  
Die gesammelten Unterstützungs-Gelder sind zu senden an den Herrn J. A. L. Färber, Wendenstraße Nr. 45, Braunschweig.

Briefkasten  
der Redaktion. A. L. in Rentlingen: Senden Sie uns das Material. — G. L. in Uelsen: Raummangel ist schuld, daß Ihr Bericht bis jetzt noch nicht erschienen ist; das Uebrige wird besorgt werden. —  
Dittung  
der Expedition. S. Pöbbs in Schleiden Schr. Nr. 1 10. Klub Laubh. im Schr. Nr. 2. Sahn Hamburg Ann. Nr. 1. Br hier Nr. 1. 50. Wulke Dederan Schr. Nr. 1. 70. Appr Göln Ann. Nr. 1. 75. Schr. Nr. 37. 25. Mär Mannheim Ab. Nr. 20. 50. Schr. Nr. 5. 24. Mär Reichenbach Schr. Nr. 30. Mryhn Barmen Schr. Nr. 15. Rit Dona-brück Schr. 60 Pf. Reishm Dortmund Schr. Nr. 2. 5. Mär hier Ab. Nr. 162. Verband der Klempner Hamburg Ann. 40 Pf. Dr. Ein Siegen Ab. Nr. 3 50. Ebr Connewitz Ab. Nr. 27. Arb.-Bild.-Ber. Innsbruck Ab. Nr. 9. 50. Hnd Berlin Ann. Nr. 24.

Anzeigen etc.  
Die rechts in [ ] angegebene Ziffer bedeutet den Preis der betreffenden Annonce in Reichspfennigen.  
Berlin Verein der Satirer und Berufslosen.  
Sonabend, den 16. Januar, Abends 8 1/2 Uhr: Geschlossene Mitgliederversammlung im „Café Polens“, Alte Jakobstr. 83. Tagesordnung: 1) Lokal-Kassenabrechnung. 2) Neuwahl eines Lokal-Kassiers. 3) Innere Vereinsangelegenheiten.  
Eönnen Vertrauensmann. [60]  
Berlin Sonabend, den 30. Januar, findet das  
Zweite Stiftungsfest  
der Gewerkschaft der Holzarbeiter große Frankfurterstraße Nr. 117 in Rönigsb. statt, wozu die Mitglieder und deren Freunde um rege Betheiligung ersucht werden.  
Entrée 25 Pfennige. Herren die am Ball theilnehmen zahlen 50 Pfennige nach. Billets sind vorher bei Herrn S. Grimpe, bei den Cassieren und den Vorstandsmitgliedern zu haben.  
Das Festcomité. J. A. G. Lemke. [225]

Gohlis Arbeiterverein.  
Montag, 18. Januar, Abends 7 1/2 Uhr: Versammlung bei Kunysch. — Tagesordnung: Resorale von Hünfel und Buresch, Wahl einer Commission für das Stiftungsfest. Verschiedenes.  
Sonntag, den 17., Abends 7 Uhr, bei Kunysch. D. S. [50]

Hamburg Verband der Klempner und verw. Berufsgenossen.  
Sonabend, den 16. Januar, Abends halb 9 Uhr: Geschlossene Mitgliederversammlung bei Herrn Ehardt, Schoppenstr. 22. — Tagesordnung: Abrechnung. Verbandsangelegenheit. [40]

Hamburg Allgemeiner deutscher Maurer und Steinhauer-Bund.  
Afforderung!  
Alle diejenigen Berufsgenossen, welche gesonnen sind sich dem Allgem. deutschen Maurer- und Steinhauer-Bund anzuschließen, werden ersucht, sich zu wenden an H. Schöning, Jacobikirchhof 29 in Hamburg, oder an den Centralassessor H. Walther daselbst.  
Für den Ausschuß: H. Schöning, Geschäftsführer. [70]

Leipzig u. Umgegend Metallarbeiter-Gewerkschaft.  
Montag, d. 18. Januar: Versammlung bei Fehlich, Nikolaisstr. 38. L.-D.: 1) Vortrag. 2) Vorlesung.  
Folgende Redanten werden ersucht, ihren Pflichten nachzukommen: Nr. 3, 77, 162, 228, 239, 246, 248, 252, 255, 256, 259, 268. [60]

Polytechnicum Langensalza,  
Königl. conc. höhere technische Lehranstalt für Bau-, Maschinen-, Mühlen- und Ingenieur-,  
in Verbindung mit Courten zur Vorbereitung für den einj. Freiwilligen- und einer Vorkurs unter Leitung des Herrn Schnitzh. Pooff. An den drei getrennten Abtheilungen der Hauptschule unterrichten 12 Fachlehrer; den Vorsth im Curatorio führt Herr Landrath v. Marschall. Für das weitere Fortkommen der Absolventen wird von Seiten der Anstalt gesorgt. Trotz der bedeutenden Frequenz ist der Lebensunterhalt billig. Beginn des Sommersemesters am 6. April. Prospekte gratis durch den Director. (S. 0104) Dr. Kirchner. [350]

Soeben ist erschienen und durch die Expedition des „Volkstaat“ zu beziehen:

Die industrielle Arbeiterfrage  
und die Forderung eines  
Neuen Arbeitsrechts.

Vortrag, gehalten auf der Volksversammlung des Congresses der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu Coburg am 19. Juli 1874 von Th. Nord.  
Preis pro Exemplar 25 Pf.

Durch die Buchhandlung des „Volkstaat“ ist zu beziehen:

Geschichte der französischen Revolution  
von 1789—1814  
von F. A. Mignet, deutsch überf. von Dr. F. O. Ungewitter.  
3 Bändchen. Preis 1 1/2 Mark.

Erschienen und durch uns zu beziehen ist:

Die Grund- und Bodenfrage.  
Von Wilh. Liebknecht.  
128 Seiten groß Oktav. Preis broschirt 50 Pf.  
Expedition des „Volkstaat“.

Religion und Sozialismus

Eine nachgelassene Schrift aus dem Jahre 1869 von Dr. G. Bernhart.  
Den deutschen Arbeitern gewidmet.  
Preis pr. Expl. 50 Pf.  
Die Buchhandlung des „Volkstaat“.

Erschienen ist:

Rede Liebknecht's  
über den Antrag auf  
Beurlaubung der gefangenen sozialdemokratischen Reichstags-  
Abgeordneten.  
(Reichstags-Sitzung vom 21. November 1874.)

Mit einem Anhang zur Charakteristik des Herrn Lessenow.  
2 1/2 Bogen Oktav. Preis pro Exemplar 15 Pf.

Ferner:

Unsere Prekzstände  
von Wilh. Bloz.  
2 1/2 Bogen Okt. Preis pro Expl. 20 Pf.  
Buchhandlung des „Volkstaat“.

Soeben ist erschienen die 4. Lieferung von J. Ph. Bickers

Neue Stunden der Andacht.  
Preis pro Expl. 20 Pf.

Ferner:

B. Becker,  
Geschichte der Arbeiterbewegung Ferdinand Lassalle's.  
Lieferung 3.  
Preis der Lieferung 60 Pf.  
Die Buchhandlung des „Volkstaat“.

Volkstaatkalender für 1875.

Derselbe enthält außer dem bekannten Calendarium (dem diesmal auch der katholische Kalender beigelegt ist), ein Verzeichniß der Messen und Märkte Deutschlands.  
Literarischer Zusatz:  
Die Hanauer Turner im badisch-rheinpfälzischen Kufflande 1849 nach den Papieren ihres Corpsadjutanten, des verstorbenen Riber Dammewer. Von dem noch lebenden Sigismund Borkheim, Batterieführer in der badisch-rheinpfälzischen Rebellennarmee; Reihe Oskow, historisches Gemälde aus dem Bannkreise, von Robert Schweigel. Wo liegt die Rettung? Aus dem Tagebuch eines Sozialisten, vom Otto Walfer. Zur Grund- und Bodenfrage. Verschiedenes.  
Preis 35 Pf. gegen baar.  
Bestellungen hierauf an die Buchhandlung des „Volkstaat“ zu adressiren

Bekanntmachung.

Unsern Lesern in Leipzig und Umgegend theilen wir mit, daß der Abonnementspreis pro Quartal auf 1 Mark 80 Pf., pro Monat auf 60 Pf. vom 1. Januar 1875 ab (frei in's Haus geliefert) festgesetzt wurde.  
Leipzig, 1. Januar 1875.  
Die Expedition des „Volkstaat“.

Verantwortlicher Redacteur: R. Seiffert.  
Redaktion Hoderstraße 4, Expedition Reiterstraße 44, in Leipzig.  
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.